

Der Ausschussvorsitzende begrüßte Herr Metz zu diesem Tagesordnungspunkt und übergab das Wort an die Verwaltung.

Herr Gleß sagte, die Vorlage sei ja sehr umfangreich und an die Fraktionen sind ja auch noch mehr Unterlagen gegangen.

Man habe im Moment bzw. schon seit einigen Jahren enormen Druck im Kessel was die Abarbeitung von übergeordneten, regional ausgerichteten Planungen angeht.

Die unterschiedlichen Planer geben sich die Klinke in die Hand und da droht es leicht, den Überblick zu verlieren, wenn man nicht tagtäglich da drin steckt.

Wir haben berichtet über NEILA, die Förderung in Höhe von 2,5 Mio. Euro dient dazu einen Regionalplan zu erstellen. Der einzige Plan übrigens, der von den Kommunen erarbeitet und von unten nach oben getragen werden soll.

Wir haben unterschiedlichste planerische Ebenen und das werde man auch interfraktionell übereinander legen, damit sie den Überblick nicht verlieren. Das kann man nicht nur im UPV auseinanderdröseln, sondern da werde man sich interfraktionell zwei- bis dreimal treffen müssen.

All das, was man bisher schon vorgelegt habe, hat sich bereits zeitlich alles nach hinten verschoben. Im Moment geht man davon aus, das man erst 2020 den formellen Aufstellungsbeschluss über den Regionalplan fassen möchte. Durch den, bis dahin noch "alten" Regionalrat und bis 2023 soll der Regionalplan fertig, also beschlossen werden sein. Ob dieser zeitliche Ablauf eingehalten werden kann, sei mal dahin gestellt.

Dazu gehört natürlich auch das Thema Einsteinstraße. Man habe ja beschlossen, den westlich der Friedrich-Gauß Straße gelegenen Teil des Gewerbegebietes Einsteinstraße, in einen ASW-Bereich umzuwandeln. In der Sitzungsvorlage taucht auf, dass hier von dem gesamten Gewerbegebiet Einsteinstraße die Rede ist. Das hatte man bei den Gesprächen mit der Bezirksregierung vorgebracht, bevor wir uns hier im Ausschuss damit beschäftigt haben. Der Beschluss der hier gefasst worden ist, wurde längst nachgeschoben und in einem Schreiben an die Bezirksregierung gegeben.

Bei der jetzigen Diskussion bitte ich alle im Hinterkopf zu haben, dass wir uns hier interfraktionell mit auseinandersetzen müssen.

Herr Metz (Bündnis 90/Die Grünen) bedankte sich für die einleitenden Worte und sagte, leider sei die Regionalplanung so ein Feld, das bei den dortigen Politikern gerne unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfindet. Der Punkt ist aber, so ein Regionalplan ist eine rechtsverbindlich Vorgabe, an die sich die Kommunen halten müssen.

Mittlerweile ist es auch so, dass die Behörden den Regionalplan etwas strenger nehmen, indem sie das sogenannte Anpassungsgebot der kommunalen Bauleitplanung deutlich aktiver interpretieren. Bisher war es so, da stand zwar im Regionalplan allgemeines Siedlungsgebiet, aber das heißt ja nicht, dass wir da unbedingt bauen müssen. Mittlerweile wird deutlich betont, dass man sich bei der Aufstellung eines Flächennutzungsplans, daran zu orientieren habe und wenn da ein allgemeines Siedlungsgebiet vorgesehen ist, kann man da nicht einfach Grünfläche ausweisen. Das bedeutet, dass der Regionalplan in seiner Bedeutung für uns als Stadt, wesentlich wichtiger geworden ist.

Momentan sei man noch in einem informativen Teil der Beteiligung aber wie es oftmals so ist, wird dort schon mal viel vorgeklärt, was im formellen Verfahren dann nur noch abgehakt wird. Umso wichtiger ist es, dass wir da, Verwaltung und Politik, eine abgestimmte Position zu haben und da ist der Vorschlag der Verwaltung gut, sich

interfraktionell zusammensetzen um Fragen zu beantworten.

Man ist sich sicher einig, das Birlinghoven als Siedlungsbereich ausgewiesen werden soll, aber z.B. zum Thema Maisfeld in einem allgemeinen Siedlungsbereich, muss man sich bestimmt mal zusammensetzen. Man muss sicher mal diskutieren, was ist die städtische Position dazu und wenn wir und jetzt zeitnah ein bis zweimal treffen um das abzustimmen muss man sehen, dass Planung eigentlich immer alles abwägen muss. Wirtschaftliche Aspekte, Umweltaspekte usw. müssen gleichberechtigt mit einfließen. Also heute Kenntnisnahme, dann interfraktionelles Treffen und anschließend noch mal in mit den Punkten in den Ausschuss, wo es Abstimmungsbedarf gibt.

Frau Feld-Wielpütz (CDU-Fraktion) sagte, man könne sich dem Verfahren so anschließen. Man fand die Sitzungsvorlage vor dem Hintergrund, dass ohne Erläuterung einfach Flächen rausgenommen worden sind, nicht in Ordnung. Auch im Umgang miteinander. Normal erläutert man doch, warum ich wie verfare.

Deswegen ist es ja auch nochmal zu der Gesprächseinladung der Verwaltung in Richtung Bezirksregierung gekommen. Das muss man jetzt erst abwarten und man geht davon aus, dass es dazu eine Antwort gibt.

Das Verfahren erinnert mich an die damalige Flächennutzungsplanberatung. Wo wollen wir hin und wo wollen wir wie was ausweisen vor dem Hintergrund der Entwicklungen die wir heute zu beurteilen haben.

Insofern finden wir die Idee sich interfraktionell zusammensetzen gut, die Frage ist nur, ob man sich schon Gedanken dazu gemacht hat, ob das wieder Personenbegrenzt ist. Es sollten schon alle Personen im Planungsausschuss die Möglichkeit haben, an diesen Beratungen teilzunehmen und nicht nur zwei bis drei Personen aus jeder Fraktion. Das ist sehr wichtig.

Der Ausschussvorsitzende sagte, der Vorschlag ist ja aus der Verwaltung gekommen aber die Frage ist doch, ob das sehr effektiv ist, wenn man da mit 20 Leuten eine Besprechung macht.

Herr Gleß erklärte, bisher habe man sich dazu noch keine Gedanken gemacht aber man werde sich über den Rahmen noch besprechen, inwieweit man noch arbeitsfähig ist und dementsprechend dann einladen.

Frau Feld-Wielpütz (CDU-Fraktion) erklärte, gerade wurde die Entwicklung an der Einsteinstraße angesprochen und die Entscheidung an der Einsteinstraße und die Regionalplanung laufen parallel und für ihre Fraktion könne man sagen, dass man es für sinnvoll hält, dass alle daran teilnehmen können und nicht nur zwei oder drei Leute. Die Anwesenheitspflicht ist ja nicht so zwingende wie bei einem Ausschuss aber Sie möchte, dass die Kollegen wenigstens alle teilnehmen können.

Herr Knülle machte den Vorschlag, die Beratungen wenn möglich unter verschiedene Themen zu stellen um so die Möglichkeit zu geben, verschiedene Personen zu den Beratungen zu schicken. Das werde mit der Verwaltung noch abgestimmt und das Ergebnis wird den Fraktionen dann mitgeteilt.